



Rheda – Wiedenbrück 26.10. 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Theo Mettenborg.

Die Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen folgenden Antrag:

1. Im einstimmigen Ratsbeschluss vom 14.3.2022 Top14, Vorlage V54/2022 wünscht der Rat eine Transformation des Stadtwerks. Es heißt im Beschluss „Das Stadtwerk wird beauftragt seine bisher rein kommerzielle Funktion durch eine aktive Gestaltung der lokalen Energielandschaft abzulösen“. Darum wird die Verwaltung beauftragt, für den HFA und den Rat darzustellen, welche sinnvollen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und zukünftigen Ausgestaltung des Stadtwerks bestehen, um eine effiziente und zukunftsorientierte Entscheidung der Gremien für Rheda-Wiedenbrück zu ermöglichen.
2. Hierzu soll ein Auftrag an ein externes Ingenieurbüro vergeben werden. Dieser umfasst sowohl eine Ist-Analyse, sowie mögliche Konzepte zur Transformation des Stadtwerks (z.B. Kooperationen mit regionalen Stadtwerken, Regiostrom, mit lokalen Stromerzeugern wie der Genossenschaft Rhe-WI, mit Biogasbauern oder der heimischen Industrie: Wärmeversorgung durch Prozesswärme, Abwärme aus den Kanälen oder die Schaffung kalter Fernwärmenetze für neue Baugebiete. Ebenso erwarten wir eine Darstellung der zeitlichen Umsetzungsmöglichkeiten.
3. Die personelle Begleitung dieses Projektes sollte durch eine entsprechende Schnittstelle zwischen Rathaus und Ing.-Büro erfolgen. Die angesprochenen Aufgaben müssen unmissverständlich und deutlich in einem zu erstellenden Pflichtenheft für das Ing. -Büro formuliert sein. Dies wird von der Verwaltung in Q1 2023 erarbeitet. Die Auftragsvergabe sollte Anfang Q2 2023 erfolgen. Die Ergebnisse sind dann Anfang Q2 2024 zu beraten und zu beschließen. Danach kann die Umsetzung starten.
4. Die entwickelten Szenarien sind zudem aus fiskalischer Sicht – einschließlich einer notwendigen personellen Ausstattung - zu betrachten. Mögliche Optionen für eine steuerliche Optimierung sind miteinzubeziehen.
5. Die Rheda-Wiedenbrücker Netzgesellschaften Strom und Gas sollen Bestandteil des zukünftigen Stadtwerkes als Finanzierungsquelle sein. In 2025 werden zur Wasserversorgung in Rheda-Wiedenbrück Konzessionsverhandlungen geführt werden. Bis dahin sollte das neu aufgestellte Stadtwerk handlungsfähig sein, um die Frage der Eingliederung der Netzgesellschaft Wasser in das Stadtwerk zu ermöglichen.
6. Die nötigen Finanzmittel für die Auftragsvergabe der Konzeption sind im Haushalt 2023 von ca. 50 000€ HH Pos. 140101 543112 bereitzustellen und im Jahr 2024 wahrscheinlich eher 100 000€.
7. Die Untersuchung sollte ergebnisoffen erfolgen.

Begründung:

Mit dem aktuellen Klimaschutzgesetz hat die Bundesregierung die Klimaschutzvorgaben definiert. Treibhausgasneutralität soll bis 2045 erreicht werden und bis 2030 sollen die Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken.

Auch der Stadtrat Rheda-Wiedenbrücks hat sich zur CO₂-Reduktion bis hin zur Klimaneutralität ausdrücklich bekannt. Der interfraktionelle Beschluss zur Transformation des Stadtwerks war mehr als folgerichtig und ist ein wirklicher klimapolitischer Meilenstein.

Das Stadtwerk wird damit künftig die lokale Energie-, Mobilitäts- und Wärmewende maßgeblich mitgestalten können. Zudem hat der Rat der Stadt beschlossen, zukünftig so viel „grünen“ Strom vor Ort zu produzieren, wie Strom in Rheda-Wiedenbrück verbraucht wird.

Das gleiche gilt im Bereich der Wärmeenergie. Das sind nach heutigem Stand ca. 400GW p.a., ohne dass ein Mehrbedarf durch die Elektrifizierung von Mobilität und Hauswärme bereits berücksichtigt wurde.

Aber nicht nur ökologische Ziele sollen mit der angedachten Transformation des Stadtwerks erreicht werden. Gerade auch durch den Ukraine-Krieg und mit den damit einhergehenden Preisentwicklungen von Strom und Gas, wird die Dringlichkeit mit Blick einer Energie- und Wärmewende offensichtlich. Außerdem gilt es, sich durch Energieerzeugung vor Ort, aus der Abhängigkeit autoritärer Staaten, zu lösen

Weitere Ziele des Antrags:

- Die Energieerzeugung und - Versorgung vor Ort sollte dezentralisiert und stärker auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden. Hierbei ist auch die Erzeugung von Wasserstoff zu prüfen. (Die Stadtwerke Bielefeld, der Kreis Lippe und Minden-Lübbecke www.H2-owl.de sind hier aktiv.
- Wir möchten gute und sichere Arbeitsplätze vor Ort schaffen. Sowohl mit dem Ausbau regenerativer Energien als auch über die Durchführung von Maßnahmen für mehr Energieeffizienz lassen sich zusätzliche Arbeitsplätze vor Ort schaffen. Kunden- bzw. Bürgernähe vor Ort soll dazu genutzt werden, die örtliche Problemlösungs-kompetenz in Sachen Energieeffizienz und Energieerzeugung zu heben und zu stärken.
-
- Bürgeraktien oder genossenschaftliche Anteile in der Produktion erneuerbarer Energien sollen angestrebt werden, um Einnahmen aus örtlicher Energieversorgung ganz überwiegend der eigenen Bürgerschaft zu Gute kommen zu lassen. Die lokale Wertschöpfung soll gesteigert werden. Hierzu sind örtliche Partner einzubinden.
- Mögliche regionale Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte zeigt das Stadtwerk Solingen: Das Pestel Institut stellte fest, dass von jedem Euro, den Kunden der örtlichen Stadtwerke für Energie und Wasser ausgeben, 55,2 Cent zurück in die Solinger Wirtschaft fließen. Bei einem überregionalen Anbieter wären es nur etwa 26,5 Cent gewesen.
- Das Stadtwerk sollte zukünftig in einem kommunalwirtschaftlichen (steuerlichen) Querverbund aufgestellt werden und damit die Finanzierung wichtiger örtlicher Aufgaben sichern. Überschüsse aus einem Betriebszweig können wichtige kommunale Aufgaben mitfinanzieren.

Elisabeth Frenser
SPD Ratsmitglied

Hans – Herman Heller - Jordan
Bündnis 90/Grüne Ratsmitglied